

gerichte und halsgerichte nach gewonhait und herkommen der statte Eyssnach desgleichen nach gewonhait der landgerichte“ (veröffentlicht in der Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte und Altertums-kunde VIII (1871) S. 357ff.) wird in dem daselbst geschilderten Mord-verfahren in § 5 bestimmt, daß der Kläger den toten Mann vor Gericht bringen soll; dann aber, nach den Fragen über die Ladung usw., heißt es: § 19: der vorsprach det: her richter, laszit on ain orteyl werden bey der kor etc., sint se genant, gehayschit und geladen sint, also recht ist, ab man die totte hand icht billich wise vor gerichte. szo taylt man: ja. § 20: der vorspreche det: her richter, lassit on ain orteyl werden by der kore. sint die totten hand besehn sy vor gerichte etc. Könnte man in diesen beiden Bestimmungen in Rückblick auf § 5 die Worte tote hand allenfalls noch als Bezeichnung des toten Mannes nehmen (vgl. Brunner a. a. O. S. 244 oben), so wird dies ausgeschlossen durch § 23, welcher lautet: her richter, sy beten uch, dass sy die totte handt mossin abe losen, und beten uch, dass ir on lassit ain orteyl werden by der kore etc., ob sy mit der totten hand von recht mogin or clage volfüren. so teylt man, dass se bilche or clage volfüren. Auch die von mir in dieser Zeitschrift Bd. 16 S. 22ff. mitgeteilte ausführliche Schilderung eines Halsgerichtsverfahrens im 16. Jahrhundert auf Rügen belehrt uns noch über manche Eigentümlichkeit dieser Prozeßart, so z. B. daß die wächserne Hand vor Gericht in bestimmter Weise (die Finger dem Richter zugewendet) auf ein bloßes Schwert oder ein leinenes Gewand gelegt und daß durch Gerichtsbeschluß gestattet wurde, an Stelle der in Verlust geratenen Hand in einem späteren Termin eine andere Wachshand vorzulegen.

Greifswald.

Georg Frommhold.

[Über eheliche Errungenschaftsgemeinschaft auf Grund österreichischer Rechtsquellen des späteren Mittelalters.]¹⁾ Den Anlaß zu den folgenden kurzen Erörterungen aus dem Gebiete des österreichischen ehelichen Güterrechtes im Mittelalter gab die unter dem Titel: Die Zugewinnstgemeinschaft der Ehegatten erschienene Abhandlung von Dr. jur. Margarete Berent.²⁾ Was die Schrift in ihrem rechtsgeschichtlichen Teile wesentlich enthält, ist eine Behandlung des entwicklungsmäßigen Verhältnisses und Zusammenhanges zwischen der in älteren deutschen

¹⁾ Abgekürzte Quellenzitate: GW. = Grundbücher der Stadt Wien i. Quellen z. Geschichte d. St. Wien, 3. Abt., herausg. von Staud: I. Bd. Die ältesten Kaufbücher (Wien 1898), II. Bd. Gewer- und Verbotbuch (Wien 1911). — RW. = Regesten aus dem Archive der St. Wien, herausg. von Uhlirz: 3 Bde., ebenda 2. Abt. (Wien 1898—1904).

²⁾ O. v. Gierkes Unters. z. D. St. und RG. 123. H. (Breslau 1915). Die Schrift wurde mir seitens der Redaktion dieser Zeitschrift zur Besprechung zugewiesen. Aus dem folgenden Vorbringen, das an Stelle einer bloßen Rezension treten soll, ist zugleich ersichtlich, inwieweit ich in der Hauptsache mit Berent übereinstimme oder von der Verfasserin abweiche.

Rechten mehrfach bezeugten ehelichen Errungenschaftsgemeinschaft und der in späterer Zeit zu beobachtenden bloß rechnungsmäßigen Gemeinschaft des reinen Zugewinnstes, wobei die Verfasserin als neuen Gedanken ihrer Arbeit die Ansicht äußert, es sei die Entstehung der Zugewinnstgemeinschaft nicht als bloße Folge des Mißverstehens oder der Nichtachtung heimischer Rechtsgewohnheiten anzusehen¹⁾, sondern es habe sich diese Ausbildung folgerichtig und in organischer Entwicklung den geänderten Zeitverhältnissen entsprechend vollzogen. Besonders sei in einigen von ihr untersuchten Rechtsgebieten der Vorgang deutlich, wonach die alte sachenrechtlich gestaltete Gemeinschaftsform unter dem Einfluß der Personalschulden selbst in ein schuldrechtliches Verhältnis übergegangen wäre, wobei dann allerdings das römische Recht seinen Anteil hatte.²⁾

Man wird diesem von vornherein ansprechenden Gedankengange der Verfasserin, der im Hinblick auf die Rezeptionsgeschichte an Interesse nur gewinnt, Beifall nicht versagen, wie es ja offensichtlich nur zugunsten Berents spricht, wenn in einigen Schweizer oder fränkischen Rechten³⁾ sich die Zugewinnstgemeinschaft unvermittelt, also augenfällig unter Ausschluß jeder fremdrechtlichen Umbildungswirkung dem älteren Güterstande der Verwaltungsgemeinschaft angeschlossen hat.⁴⁾

Die Verfasserin stützt ihre Behauptung vorzugsweise auf die Betrachtung süddeutscher Rechte. Sie berücksichtigt zwar an der Hand von Literaturwerken auch das französische und spanische Recht in eigenen Abschnitten, die eigentliche Darlegung des genetischen Werdeganges im vorangedeuteten Sinn gründet sie jedoch auf süddeutsches Recht, wobei sie neben dem schon erwähnten Schweizer Rechte auch fränkisches, besonders aber das österreichische und sodann auch das ungarische Recht in den Kreis ihrer Untersuchungen einbezieht. An der ungarischen Spezialentwicklung möchte nach Berent sogar besonders gelegen sein, weil hier — wie auch in der Schweiz — ein von fremdrechtlichem Einfluß wie der Mißachtung nationaler Einrichtungen gleich ferner Boden anzunehmen sei. So bilde die im 16. Jahrhundert in Ungarn geltende Errungenschaftsgemeinschaft eine Grundlage für die modernen ungarischen Kodifikationsarbeiten.⁵⁾ Dieses Recht, dessen

¹⁾ Die Verfasserin zitiert besonders die Formulierung in Richard Schröders RG.⁵ 813 (Berent 19, auch 22).

²⁾ Man vgl. bes. die §§ 4 u. 22 von Berents Abhandlung.

³⁾ Besonders deutlich nach dem Landbuch von Appenzell (1632): was antrifft den alten artikel des lantbuchs, daß einer frauen gut weder schwynen noch wachsen solle, last man es gentzlich darby verbleiben, jedoch mit dem geding und vorbehalt, wan es sich begeben, daß zwei ehemenschen in ihrer geflissnen hushaltung durch den milten segen gottes vil hab und gut zusammen leitend, wie dann oftmalen beschicht, und billich und recht uns syn bedunkt, daß der husfrowen von dem fürschlag auch etwas zudienen solle. Berent 56. — Über die Nürnberger Rechtsbildung s. u. S. 476 f.

⁴⁾ Worauf jedoch Berent nicht deutlich genug hinweist.

⁵⁾ Berent 18 f. Berent betont die Wichtigkeit der ungarischen Rechtsentwicklung S. 1, 19, 20 und widmet dem ungarischen Rechte das erste Kapitel ihrer Arbeit.

Kenntnis Berent eine Stelle des Tripartitum aus dem 16. Jahrhundert¹⁾ vermittelt, sei aber deutschen Ursprungs, und höchstwahrscheinlich österreichisches, nämlich aus dem angrenzenden Niederösterreich nach Ungarn rezipiertes Gewohnheitsrecht.²⁾

Aber gerade hier auf dem Boden des österreichischen historischen Rechts und im Zusammenhange damit auch teilweise hinsichtlich der ungarischen Rechtsbildung werden die Ansichten der Verfasserin eine nicht unwesentliche Korrektur erfahren müssen, wie denn diese ganze hierher fallende Beweisführung mehrfach mit recht anfechtbaren Mitteln³⁾ geführt erscheint und hinsichtlich des rechtsgeschichtlichen Verhältnisses beider Länder wohl nahezu ergebnislos verlaufen ist.

Die Verfasserin beruft sich für ihre Ansicht einesteils auf Raymunds von Wiener Neustadt bekannte Summa legum, in der sie Ähnlichkeiten des ehgüterrechtlichen Inhaltes mit dem Tripartitum vorzufinden meint⁴⁾, und dessen Gebrauch in Ungarn auch sonst sehr wahrscheinlich sei⁵⁾, dann aber möchte sie auch durch die Betrachtung der ungefähr gleichzeitigen Quellen, der Niederösterreichischen Landtafelentwürfe des 16. Jahrhunderts und des Tripartitum, ihre Sache fördern.⁶⁾ Was nun Raymund betrifft, so dürfte nach den Feststellungen von Bartsch⁷⁾ ja kaum zweifelhaft sein, daß Raymund eine mit dem Rechtsbrauch seiner Heimat wohl vertraute Persönlichkeit war, eine andere Frage bleibt gleichwohl die, ob die Form, in der Raymund seine Kenntnis niedergelegt hat, die Verwendung seines Werkes ohne eingehendste Kritik ermöglicht.⁸⁾ Der neue Herausgeber der Summa, Herr Dr. Alexander Gál (Wien) äußert sich, wie Berent teilt⁹⁾, sogar dahin, daß Raymunds Summa für das eheliche Güterrecht Österreichs überhaupt nicht zu verwerten sei, und so werden wohl, jedenfalls ins solange die neue Ausgabe nicht vorliegt, Raymunds Mitteilungen für apokryph gelten müssen. Was jedoch die übrigen Quellen anbelangt, so hat Berent die beiden hauptsächlich in Frage kommenden Zeugnisse kaum zutreffend verstanden und wohl nur infolge eines unterlaufenen doppelten Irrtums Rechtsgleichheit der beiden angenommen. So dürfte zur Erlangung einer sicheren Grundlage für die Erkenntnis der rechts- und entwicklungsgeschichtlichen Bedeutung der Niederösterreichischen Landtafel, wie für die Frage der Rechtsgleichheit dieser mit Ungarn eine einläßlichere Betrachtung der österreichischen Rechtsentwicklung, als sie an der Hand der zurzeit vorliegenden Literatur zu gewinnen ist, angebracht sein, wobei die hiermit verbundene abgesonderte Behandlung ihre Rechtfertigung zugleich aus dem Umstande erfahren mag, daß die österreichische Errungenschaftsgemeinschaft des Mittelalters, seit Richard Schröder ihr in seiner Geschichte des ehelichen Güterrechtes eine

¹⁾ Opus Tripartitum des Stefan Verböczi i. Corpus iur. Hungar. (Tyrnau 1751) I. Bd.

²⁾ Berent 38. ³⁾ S. u. S. 475 Anm. 1. ⁴⁾ Berent 32 u. vh.

⁵⁾ A. a. O. 25f. ⁶⁾ A. a. O. 32ff.

⁷⁾ SB. Wien, phil.-hist. Kl. (1912) 168 VII 50.

⁸⁾ S. u. S. 473 Anm. 4. ⁹⁾ A. a. O. 25 Anm. 1.

knappe Behandlung hat angeeignet lassen, nicht mehr untersucht worden ist.

In Österreich sind vom späteren Mittelalter an als Ausdruck des ehelichen Gemeinschaftsgedankens Gesamthandsverhältnisse an Liegenschaften nicht selten bezeugt, als deren wichtigste Erscheinung sich die Gesamthand¹⁾ am Kaufgut²⁾ schon aus dem Grunde darstellt, da hier sowohl der Ausgangspunkt für die spätere Entwicklung der Errungenschaftsgemeinschaft wie allgemein ein Vorstadium ehegüterrechtlicher Gemeinschaftsbildung sich unschwer wird erkennen lassen. Da für das Erbgut infolge des zähen Festhaltens am Stammgutsprinzip, besonders auch seitens der landesherrlichen Gesetzgebung eine nur schwer übersteigbare Schranke aufgerichtet war³⁾, mußte sich die Gemeinschaftsidee naturgemäß die längste Zeit dem errungenen Vermögen zuwenden.

Die Tatsache des gesamthändigen Liegenschaftserwerbes, des „Kaufens mit gesamter Hand“ seitens von Eheleuten ist in den Quellen des 14. Jahrhunderts und der folgenden Zeit häufig bezeugt. Für Wien mag es vorläufig genügen, auf das Wiener Stadtrechtbuch⁴⁾ sowie die zahlreichen Quellenstellen hinzuweisen, die von den Herausgebern der Regesten aus dem Archive der Stadt Wien oder der Wiener Grundbücher zusammengestellt sind.⁵⁾

¹⁾ Der Ausdruck Gesamthand, zunächst natürlich wie anderwärts bloße Bezeichnung des tatsächlichen Vorgangs des Mithandelns beider Gatten, bezeichnet in österreichischen Quellen des öfteren auch das Rechtsverhältnis der Gemeinschaft. RW. nr. 4106 (1465): darumb der egenant Stephan Zochmann und Ursula, sein erere hausfrau, nucz und gwer geschriben stunden und halbs im und der ander halb tail den obgenanten seinen kindern von der gesamnten hand wegen zugepurt [nr. 4121a (1466) den gleichen Fall betreffend: darumb der egemelt Z. und sein erere hausfrau mit gesamnter hand in der stat gruntpuch gewesen geschriben nucz und geweer und halbs von der gesamnten hand an Hennslein und Margrethen irer mueter wegen erblichen komen ist]. nr. 4518 (1474): gesamterhand wegen halbs erblich zugeburt, nr. 5029 (1484): gesamnten hand wegen spruch und vordrung zu einander gehabt haben, nr. 2594 (1437) u. S. 469: soll von der gesamten hand wegen erben. — In gleicher Bedeutung sagt die wenig technische Göttsweiger Aktensprache: zusamnt ir ze schreiben, Göttsw. Urk. nr. 2113 (1495) u. S. 466; vgl. auch hinsichtlich der zu Gesamthand besessenen Heiratsgüter RW. nr. 4058, 4824 u. a. — Wenn die Quellen von Gewere sprechen, so ist dies nur ein Beweis für die hohe Wichtigkeit, die das mittelalterliche Rechtsempfinden mit dem Begriff der Gewere sich verbunden dachte.

²⁾ Der in den österreichischen Quellen gewöhnliche Ausdruck für das Gewinngut, vgl. i. f. — Daß es sich dabei stets um Liegenschaften handelte, zeigen die u. folgenden Belege, etwa der Text des Wiener Stadtr.-Buches: und eraribaitent mit einander erbe und aigen, i. d. Anm. 4 u. oder d. Weistümer von Wildenhag oder Werdern u. S. 469 Anm. 5 und 468 Anm. 6.

³⁾ Die Nachweise für die hier erheblichen rechtsgeschichtlichen Tatsachen enthalten meine Untersuchungen z. spätmittelalterl. Ehegüterrechtsbildung I (Wien 1908), speziell für Niederösterreich und Wien a. a. O. 63f.

⁴⁾ Art. 85 (Schuster 86): *nimpt ein man ein hausvraun und pringent paide nictes nicht zesamme und eraribaitent darnach mit einander erbe und aigen, — daz si dasselb guet mit irem wirt eraribait und auch gekauft hab.*

⁵⁾ Von Uhlirz, RW. (Bde. II, III) unter dem Registerwort: *gesamnte*

Andere Zeugnisse¹⁾ zeigen das Stadium des Eingetragenseins der Gesamthand im städtischen Grundbuch. So stellt in RW. nr. 4172 (1467) Hans Pergauer von wegen einer Haushälfte: darumb Ott Gerner und Barbara sein hausfrau (eine Schwester des Ausstellers) in der stat zu Wienn gruntpuch in gesambter hand nucz und geweer geschriben steen, und auch ains halben hauss, das dieselben kanleut seligen von Fridreich Gerunger kaufft und das uncz an 14 th dn. bezalt habend und des noch nicht an nucz und geweer komen sind, über den ihm an beiden Haushälften erblich zukommenden Anspruch eine Vollmacht aus. In nr. 5255 (1488) handelt es sich um eine Wechselbank: so der stat grunt ist —, darumb sy mit irm erern man in gedachter stat gruntpuch mit gesambter hand nucz und gewer hiet. nr. 5127 (1486): darumb Steffan Hochenegker und Elspeth sein hausfrau mit gesambter hand nucz und gwer geschriben steen.²⁾

Nichts anderes besagen Eintragungen in Göttweiger herrschaftlichen Grundbuchsakten aus dem 15. Jahrhundert³⁾:

vermerkt, das Niclas Klenauf von Mauttarn und Margret seine hausfraw habent miteinander erkaufft I jeuch aker in Mauttarnerveld — und ist ir baidere kaufgut (1454), nr. 1398.

anno 1462 haben Erhart, Seidel Polanns zu Mauttarn saeligen sun, und Hedwig sein hausfraw von handen hern Merten, abbt zu Gottweig, emphanen nucz und gwer ains haws mit seiner zugehorung zu Mauttarn ..., davon man dient Martini gan Gottweig VIII ð und ain halb jeuch weingarten — alles als ir baidere kaufgut mit gesambter hant, nr. 1517.

Stephan Marchart, Magdalena uxor haben aufemphanen nucz und gber zu ir baidere kaufgut ain halb juger agri — dint Martini aufen Gotweig II ð (1473), nr. 1821.

Erhart Chobolt, burger zu Mauttarn, hat nucz und gwer aufemphanen dy hernach geschriben erb und grunt —, umb dy vorgeschriben erb alle der benant Chobolt mitsambt Elisabeth seiner hausfraw

Hand; von Staud, GW. Bd. I unter: chaufen mit gesamter hant, Bd. II: (teilweise) unter: kaufen. — Von Interesse dürfte hier auch der ins Eisenbuch eingetragene (jedoch durchstrichene) „aufsatz“ hinsichtlich der Erbgüter v. J. 1350 (Tomaschek, R. u. Fr. d. St. Wien I nr. XLII) sein, der am Schlusse über das Kaufgut folgendes besagt: aber swas guts zwai gemechel mit einander mit gesambter hand erarbeitent und chaufent, daz mag aines dem andern machen und geben, sowie in des verlust an aln irrsal.

¹⁾ Natürlicherweise erst aus der späteren Epoche des Wiener Grundbuchs, s. u. S. 466 f. i. d. Anm. 5.

²⁾ oder wie der gewöhnliche Wiener Ausdruck kurz lauten mochte: darumb der N. und seine hausfrau nucz und gwer geschriben stend, vgl. nr. 4185, 5029, auch nr. 4106 s. o. S. 462 Anm. 1. — Weitere Zeugnisse s. u. S. 466, auch o. S. 462 Anm. 1.

³⁾ Reste von Göttweiger Grundbüchern aus dem 15. Jahrhundert sind zerstreut unter die Reihe der übrigen Urkunden aufgenommen in die Ausgabe der Urk. u. Reg. z. Geschichte d. Stift. Göttweig von Fuchs i. d. Font. rer. Austr. (II) Bde. 51. 52. 55. — Ihnen sind die im folgenden angeführten Quellenstellen entnommen.

saligen als irer baiden khauffgut gestanden ist, aber nach inhalt aines pebeisten geschaefft hat sy iren tail im ledicklich frey vermacht und sein dy erb gaentzlich an in choemen (1475), nr. 1854.

Larencz Peyler, die zeit phleger in Obernpielach, Anna sein hausfraw haben aufemphangen nutz und gwer zu irer baiden khauffguet ain weingarten (1476), nr. 1865.

Sigmund Reisinger zymerman, Katherina sein hausfraw haben aufemphangen nutz und gwer zu irer baiden kauffgut, ain haws am Frawenhof zu Mauttarn gelegen, diennt gen Gottweig Martini 4 ♂ (1487), nr. 2006.

Jobst Hofmann, burger zu Mauttarn, Anna sein hausfrau haben aufemphangen nutz und gwer zu irer baiden kauffgut die gutter und gruent (1487), nr. 2009.

Jorg Veldinger, die zeit des von Gottweig ambtman ze Pirchach, Margaretha sein hausfrau — haben aufemphangen nutz und gwer zu irer baiden kauffgut ain haws zw Pirchach dint zu Michelstag in das ambt daselbs XX ♂ (1491), nr. 2060.

Toman Herrantel, Barbara sein hausfraw haben aufemphangen nutz und gwer zu irer baiden kauffgut ain haws am Frawenhof zu Mauttarn gelegen, dient gen Gottweig Martini 4 ♂ — als dann mit kauf von Sigmund Resinger, Katherina seiner hausfrauen an sew baide chomen ist (1489), nr. 2067.

Wolfgang Topler, purger¹⁾ zu Melkch, Elisabeth uxor habent aufentpfangen nutz und geber ain hof zu Ma^wr gelegen — zu yer paider chaufguet (1500), nr. 2225.

Was nun die Bestimmung des für die mittelalterliche Kaufguts-gemeinschaft geltenden materiellen Rechtes anlangt, so ist der weitreichendste Aufschluß wohl aus einer schon von Richard Schröder (Gesch. d. ehel. Güterr. II 1, 207 Anm. 7) zitierten Urkunde des Wiener Schottenklosters vom Jahre 1372²⁾ zu erlangen, deren Inhalt, ein zwischen

¹⁾ Hingewiesen sei hier auf die in den vorstehenden Belegen u. sonst (u. S. 466 Anm. 5) bezeugenden Bürger der umliegenden Städte und Märkte, die am Göttweiger Hofrecht beteiligt erscheinen. Leihhörige Leute werden sie schwerlich gewesen sein, da diese Eigenschaft wohl ein oder das andere Mal zum Ausdruck gekommen wäre. So bilden sie denn ein Gegenstück zu der in allen westdeutschen Rechtsgebieten bezeugten Erscheinung, daß Bürger Leibeigene näherer oder entfernterer Herrschaften sind. Vgl. die bei v. Below, Territ. u. St. 300 zit. Lit. Schröder, RG. ⁵ 468, Müller, Oberschw. Reichsst. bes. 24 f., 412 u. sonst. Für Köln Ennen, Gesch. I 411 f.; reiches Material i. Züricher UB. Register: civis. Wenn derart in älterer Zeit eine gewisse wohl notgedrungene Gleichgültigkeit gegen die formale Unfreiheit ihrer Bürger nicht bezweifelt werden kann, so ist doch dem wirtschaftlichen Hauptcharakter der Stadt entsprechend gegen die drückenderen Hörigkeitsabgaben, bes. d. Todfall (Speier. Privil. v. 1111, Augsburg. UB. nr. 9 S. 10, f, Regensburg Gengler Stadtr. 375, sehr interessant auch die Memminger Freijung K. Ludwigs (1344) unter ausdrücklichem Hinweis auf Stärkung des Reichskriegsdienstes, Müller 115, vgl. aber auch Müller 25) als Beginn der stadtrechtlichen Freiheit die Reaktion nicht minder deutlich bemerkbar.

²⁾ Font. rer. Austr. (II) Bd. 18 nr. 296: Ich Eberhard von Entzesdorf, di zeit amptmann der Schotten guet ze Wienn vergieh, daz für mich

dem Schwager und der Witwe hinsichtlich eines während der Ehe erkaufte Hofes vor dem Klosteramtman durchgeführte Rechtsstreit, vor allem den für die Rechtsanschauung des Mittelalters hinsichtlich der Gemeinschaftlichkeit des Erwerbes von Kaufgutsliegenschaften seitens der Ehegatten maßgebenden Gesichtspunkt deutlich erkennen läßt. Der klägerische Schwager stützt seinen Anspruch auf die Tatsache, daß sein verstorbener Bruder den Hof (allein) gekauft habe, während seitens der Witwe gesamthändiger Erwerb eingewendet wird. Nach dem Wortlaut der Entscheidung, der hier wohl mit Sicherheit prägnant aufzufassen ist, kann nur dasjenige als der Gesamthand unterstelltes Vermögen gelten, was wirklich von beiden Gatten aus gemeinsamen Mitteln (vmb ir baiden wol gebunnens gut) gekauft worden war. Nur hinsichtlich dieses Gutes traten die mit der Gemeinschaft verbundenen Rechtsfolgen, Leibzucht des überlebenden Teiles und besonders Hältung nach dessen Tode unter die beiderseitigen Erben ein, während alles andere und einseitig erworbene Vermögen den Normen des allgemein landbräuchigen Erbrechts unterworfen blieb.

Mit dem durch diese Urkunde bezeugten Rechtszustand steht der Inhalt anderer Zeugnisse in Einklang, aus welchem erhellt, wie ein Gatte einhändig erworbenes Vermögen auch zu Alleinrecht besaß und, sollte dem andern Teile ein Anspruch daran erwachsen, das Gut diesem erst zugewendet werden mußte: Ann, Petern des Rudermautter seligen witib hat gevangen nucz und gewer — beginnt ein Eintrag im Wiener Gewerbuch (nr. 2945) — ains haus, das der benant ir man ge-
kauft hat —, dieselben payde hewser ier und dem wartunden kind, ob sy swanger ist, der benant ir man mit andern guetern geschafft hat (1419).

Agnes . . . witib hat geben nucz und gewer von einem haws, das ir vorgeanter man von den Raedlern gekauft hat, das ir der vorg. ir man ledigleich geschafft hat, GW. 2875 (1418), und ganz deutlich spricht schließlich ein im Stadtbuch von Mautern eingetragenes Geschäft vom Jahre 1444: vorerst hat er seiner hausfrawen geschafft alle eribgueter, die er pei ir erkaufft hat, wie die genant sind.¹⁾

Die Betrachtung der vorstehenden Urkunden dürfte wohl die Tatsache ergeben, daß in Österreich im Mittelalter zwar, wie es scheint, weit-

cham, do ich sas an offem gericht, Rueger der Grabner und vodert mit vorseprechen ein gewer eines hofs . . . , den sein prueder Peter selig gechaufft hiet im vnd seinen erben, als verre, daz vrow Ann auch cham fur mich vnd iach mit vorseprechen, daz si und derselb ir wirt Peter selig denselben hof und swas darzu gehört mit einander baide mit gesampter hant vmb ir baiden wol gebunnens gut gechaufft hieten, als ir chauprief sagt. Da der im Gericht verlesene Kaufbrief die eingewendete Tatsache bestätigt, ergeht die Entscheidung: es solt di obgenant fraw Ann den egen. hof furbas vnverchumert und vngeergert inn haben als leibgedingsrecht wer untz an irn tod und nach irn tod, so soll der selbig hof und swas darzu gehört gleich halber erben vnd geuallen auf des egen. Petreins des Grabner nasten erben und halber auf derselben vrown Annen nasten erben nach des lanndes recht ze Oesterreich.

¹⁾ Zitiert nach Gál, Erbenfolge i. O. v. Gierkes Unters. 72, 114.

verbreitet die Übung bestand, daß Ehegatten gemeinschaftlich Liegenschaften erwarben und diese auch zu Gesamthandsrecht besaßen, daß aber von einer eigentlichen Errungenschaftsgemeinschaft, wie sie spätere Quellen, besonders die Niederösterreichische Landtafel kennen¹⁾, keine Rede sein kann. Es steht der mittelalterliche Rechtszustand noch ganz im Einklang mit den Verhältnissen des altbairischen Rechts, wie sie durch die Feststellungen S. Adlers²⁾ klargestellt worden sind. Es gab einhändiges Errungenschaftsgut jedes Gatten, während an der *collaboratio* oder, wie das Mittelalter den Begriff gewandelt hat, an dem mit gesamter Hand erarbeiteten und erkauften³⁾ Liegenschaftsvermögen auch gesamthändige Berechtigung statt hatte.

Von Interesse ist es nun, zu beobachten, wie seit dem 15. Jahrhundert auch andere als wirkliche Errungenschaftsgüter der Gesamthand unterstellt und hierbei ausdrücklich für Kaufgut erklärt werden.⁴⁾ Nicht ganz deutlich ist die Eigenschaft des verschriebenen Gutes, wenn es RW. nr. 4135a (1466) heißt, daß „Jorg Preuer Margrethen, sein hausfrau, umb die bemelten zwen drittail haws durch sunder lieb und kenlicher treu willen in gesambter handweise zu ihm geschafft hat ze schreiben“, doch sind andere Zeugnisse beweiskräftiger. So ersucht RW. nr. 3702 (1457) eine Frau, ihren Mann an ein Haus, das sie von ihrem Vater geerbt hat, zu ihr „an die gwer als gesambte hanndt in der stat gruntpuch“ zu schreiben. In nr. 4187 (1467) ersucht Wilhelm Sambss, burger ze Wienn, Bürgermeister und Rath sowie die Verweser ihrer Grundbücher, seine Frau „neben ihm umb ain haws“, das ihm von seinem Vater anerstorben war, in ihr Grundbuch „nucz und gwer schreiben“ zu lassen, und schließlich ist die Umwandlung von Erbgut in Kaufeigen ausdrücklich bezeugt durch einen Göttweiger Grundbucheintrag:

Michel Wisinger, burger zu Crembs, Haedbeig sein hausfraw — sein nutz und gwer chomen zbayr halben jeuch weingertten — und sein an dy genannt Hedbeigen von benannten ir vatter und muetter erblich gefallen, dy hat vergunt iren bemelten hauszbirt zusambt ir ze schreiben zu irer baiden kauffgut.⁵⁾

¹⁾ S. u. S. 467.

²⁾ Güterr. u. Abschichtr. 64.

³⁾ Wohl als Frucht gemeinsamer oder einzelner Ersparnis.

⁴⁾ Analog die bekannte Erscheinung in Lübeck, wo das Heiratsgut, das sonst für Erbe galt, als Fahrhabe verschrieben wurde, wenn der Mann darüber sollte verfügen dürfen. Pauli, Abh. I 78.

⁵⁾ Göttw. Urk. nr. 2113 (1495) und ähnlich auch nr. 2115 (1495) ebenda: Rueprecht Hippelstorffer, burger zu Crembs, ist nutz und gwer chomen zu irer baiden kauffgut ains hofs — derselb hof ist mit geschaefft vom Jorgen Hohenbarter (Vater der Frau s. S. 286 das.) laut seins pebeisten geschaeffts im stattpuch zu Crembs geschriben ains und mit ubergab von frauen Margretten Taman des andern tails an die gemellt Barbara Hippelstorfferin chomen, die dann verguennt und guttwillig zuegeben hat, iren hauswirt mitsambt ir zu irer baiden kawffgut darumb ze schreiben. — Für diese Erscheinung muß die mit dem Grundbuch verbundene Beweisfunktion erhöhte Bedeutung gehabt haben. Wenn auch dem Wiener Grundbuch von Haus aus eine solche nicht zukam und dieses ursprünglich reines Verwaltungsbuch, besonders

Die Erscheinung, die sich offensichtlich als eine Weiterbildung des eigentlichen Kaufgutes darstellt¹⁾, wird von der Landtafel des 16. Jahrhunderts in vollster Entwicklung gezeigt. Hier heißt es (im Entwurfe Püdlers): bei der burgerschaft, gemeinen hauern und bauersleuten aber ist bißher ublich gehalten worden — was sie mit einander in stehender ehe an ligendem oder varendem guet ererben, erobern oder sonsten rechtmessiglich uberkomen, daz gehört ihnen beden zugleich zu und solle, wo kein letzter wiell under ihnen aufgericht, halber tail dem uberlebenden, der ander halb tail aber des abgestorbnen leibserben oder, wo diesselben nit verhanden, seinen negsten blutsfreunden erfolgen.²⁾

Der starke Gegensatz der Landtafel gegenüber den mittelalterlichen Errungenschaftsverhältnissen liegt auf der Hand. Nicht nur daß hier nunmehr eine echte Errungenschaftsgemeinschaft vorliegt, bei der einhändiger Erwerb eines Gatten gar nicht mehr in Frage kommen kann, vielmehr ist die Gemeinschaftskraft noch dahingesteigert, daß auch während der Ehe von einem Gatten ererbtes Vermögen grundsätzlich beiden Eheleuten gemeinsam wird, wobei scheinbar jede Rücksichtnahme auf die Rechte vorhandener Erben bereits beseitigt ist. Während im Mittelalter für den Erwerb konkrete Anteilnahme im einzelnen Falle die unerläßliche Voraussetzung bildete³⁾, ist jetzt dieses Prinzip soweit als nur möglich

bestimmt für die Verzeichnung der Siegelgebühren der von dem Rate beurkundeten Geschäfte war (vgl. Staub i. d. Einl. z. Ausg. d. Gewerbuches XXXVI), so muß sich doch schon früh seine Verwendung zu Beweis Zwecken ergeben haben. Jedenfalls ist schon in den ersten Jahren des 15. Jahrhunderts ersichtlich, wie die Siegeltätigkeit des Rats hinter dem Buche zurücktritt, vgl. die Urk. R.W. nr. 1586 (1404), nr. 1605. 1621. 1634 u. a. Um die Mitte des Jahrhunderts berufen sich dann die Urkunden schon ganz allgemein auf die Tatsache des Eingetragenseins im Grundbuch s. o. S. 462 u. v. h. Anm. 1. Hinsichtlich des Eindringens des Buchbeweises in die herrschaftlichen Grundbücher vgl. das Dornbach. Weistum v. 1515 ÖW. VII, 831²¹⁻²⁴; und was geschäft erweist sollen werden hie auf dem grunt geschehen, die sullen erweist werden bei des herrn *gruntpuech* und sullen auch alle kraft haben, als wären si erweist worden in dem rat zu Wien. — Zutreffend betont Fehr, D. Rechtsstellung d. Frau u. Kinder i. d. Wst. 155f., das Interesse der Grundherrschaft an der Publizität der Rechtsverhältnisse am Herrschaftsgute. Speziell für die hier behandelten Göttweiger Leihgüter sagt eine Göttw. Banntaid. Ordn. v. 1588 ÖW IX, 368²⁷⁻²⁸: richtigkeit mit empfangung nutz und gwöhr bei den gruntpüchern soll keiner verziehen oder verabsaumen. Solche Gebote sind i. Ö. Wst. sehr häufig, vgl. etwa a. a. O. 886.

¹⁾ Zugleich jedoch als eine Entartung des alten Kaufgutinstituts, insofern als es sich nicht um während der Ehe anfallendes Erbgut handelt. Das ist in den Urkunden nicht immer deutlich. Jedenfalls hat es mit der Kaufguts-idee nichts mehr zu tun, wenn Bernhard Perger den Wiener Stadtschreiber darum ersucht, seine „versprochne gmahel Cristina, zu ihm, mit gesamter hant an die gwer“ eines Hauses zu setzen, das er schon früher gekauft hatte, R.W. nr. 5437a (1492). — Mit dem Verfall des mittelalterlichen Kaufguts verbindet sich naturgemäß eine Ausbildung nach der allgemeinen Gütergemeinschaft hin. Von hier aus dürfte wohl der in die Gemeinschaft der Erbgüter eindringende Halbteilungsgrundsatz (meine Unters. I 86) seine Erklärung finden.

²⁾ II 28 § 28 zitiert nach Bartsch, Ehel. Güterr. 89f.

³⁾ Wobei freilich nicht ausgeschlossen ist, daß auch schon damals

30*

zurückgetreten. Nach der Landtafel ist nicht mehr Anteilnahme an der stadt- oder landwirtschaftlichen Tätigkeit des anderen Teiles erforderlich, sondern es genügt schon die Tatsache des Lebens in ehelicher Gemeinschaft, allerdings wohl mit Rücksicht auf die sich hieraus ergebende Verpflichtung zu Fürsorge und Betreuung.¹⁾ Der früher auf dem Verdienstgedanken beruhende Begriff ist zu einem fast zeitlichen geworden, der mit eigentlicher Mitarbeit nichts mehr zu tun hat²⁾, was am deutlichsten daraus erhellt, daß die Gemeinschaft sich nunmehr auch auf das während der Ehe anfallende Erbvermögen erstreckt.

Das Auffallende dieser Erscheinung ist mit Recht schon hervorgehoben worden.³⁾ Die Auffälligkeit wächst aber noch durch einen Vergleich des niederösterreichischen Rechtes mit anderen benachbarten Gebieten bairischer Rechtszugehörigkeit. Denn weder in der ganz ähnlich gestalteten Errungenschaftsgemeinschaft des Salzburger L.-Ordn.-Entwurfs⁴⁾, noch in der Tiroler L.-Ordn.⁵⁾ ist von ererbtem Vermögen die Rede. Doch auch die Betrachtung des österreichischen Rechtes der späteren Zeit läßt erkennen, wie den Bestimmungen der Landtafel der Charakter des Ausnahmemaßigen zukommt. Jedenfalls kann dieses Gewohnheitsrecht kein sehr lebenskräftiges gewesen sein⁶⁾, denn schon im 17. Jahrhundert ist es wieder verblaßt, und nur die Übung, sich die eheliche Errungenschaft in Heiratsbriefen zu verschreiben, dauert da noch aus.⁷⁾ Ist aber derart schon die Gestaltung der vorstehend erörterten Verhältnisse für die Annahme wenig günstig, daß diese offenbar ganz singuläre Ausbildung des 16. Jahrhunderts, die vielleicht schon nach wenigen Jahrzehnten ihre Lebensfähigkeit wieder eingebüßt hatte, dennoch Kraft genug besaß, nach Ungarn vorzudringen, so wird diese Vermutung auch vollends widerlegt durch eine Betrachtung der dogmatischen Rechtssätze der betreffenden Institute, der wir uns nunmehr zuwenden wollen.

oft die Mitarbeit bloß formell war und der Kaufbrief auf beide Gatten abgestellt werden konnte.

¹⁾ S. o. S. 466: durch sunder lieb und keulicher treu willen.

²⁾ Landt. Entw. (Strein-Linsmayer) IV 12 § 4 (Bartsch a. a. O. 90) ganz allgemein: das si in wehrunder conschaft . . dazue geholfen.

³⁾ Namentlich macht Bartsch a. a. O. 90 darauf aufmerksam, daß sich in den übrigen österr. Quellen des 16. Jahrhunderts nichts von Errungenschaftsgemeinschaft findet.

⁴⁾ Siegel, S. B. Wien phil.-hist. Kl. (1881) 99, 103.

⁵⁾ III 20, v. Voltolini, Ehel. Güterr. 357 i. Festg. f. Büdinger, Innsbruck 1898.

⁶⁾ Noch im Jahre 1555 ist nach dem Weist. v. Werdern, ÖWst. IX 29³⁰⁻³⁶: das zwai kanleut mit gesambter hant zusammen bringen (= kaufen, vgl. das. S. 60¹⁷⁻²²) und baide nutz und gwer in dem gruntpuech steen und kinder mit einander haben, und ob under denselben channleuten ains mit tod abgeet, so soll das ander das dann in leben beleibt halben tail ganz erben — und den andern tail soll es inhaben sein lebtag, als dann landes und der gnedigen herrschaft recht ist, dortselbst von einem Gewohnheitsrecht nichts bemerkbar.

⁷⁾ Kafka, D. ehel. Gütergem. n. ö. R. (1906) 71.

Schröder hat gelegentlich seiner Darstellung des österreichischen ehelichen Güterrechts (Gesch. d. ehel. Güterr. II 1, 206f.) das Wiener Recht und hier wieder das Wiener Stadtrechtsbuch derart in den Vordergrund seiner Darlegungen gerückt, daß er auf Grund der Quelle, die volle Verfügungsfreiheit für die überlebende Witwe hinsichtlich des Errungenschaftsgutes behauptet¹⁾, von einer Entwicklung des österreichischen Rechtes zu wahrer Errungenschaftsgemeinschaft gesprochen hat.²⁾ Auch einen urkundlichen Beleg, die Urkunde des Wiener Schottenklosters nr. 66 (1288), derzufolge eine Witwe Grundstücke zu Seelgerät stiftet, unter der Begründung, dieselben seien Errungenschaftsgut, führt Schröder an, und dieses Beispiel ließe sich vielleicht vermehren.³⁾ Doch diesen ganz vereinzelt Zeugnissen kann im Hinblick auf die große Mehrzahl anderer klar und bestimmt sprechender Gegenbelege ein wirklicher Beweiswert nicht zukommen. Schon die oben S. 464f. angeführte Urkunde von 1372 bezeugt einen vom Stadtrechtsbuch abweichenden Rechtszustand, indem hier der Witwe bloße Leibzucht zugesprochen wird und nach ihrem Tode das Gut unter die beiderseitigen Verwandten des Mannes und der Frau geteilt werden soll.

Das gleiche Resultat ergibt sich aus der Betrachtung anderer Zeugnisse. So normiert eine Wiener Ratsentscheidung RW nr. 2594 (1437) in deutlichster Weise den Anspruch der beiden Seiten (Schwert- und Spindelseite) auf je die Hälfte:

und was dieselben zwai heuser teurer werd sein, diesselbig übermass soll von der gesamten hand wegen auch erben und gevallen halbe auf die benannten brueder Sulzperger und halbs auf Lienharten den Hederstorffer als auf der vorgeannten Annen (Gattin W. Sulzpergers), seiner swester seligen, rechten und nagsten erben.⁴⁾

Genau das gleiche Rechtsverhältnis wie für Wien findet sich im Gebiete des Leihrechtes durch das Wildenhager Weistum von 1454 bezeugt.⁵⁾ Auch eine Göttw. Urk. nr. 1454 (1458)⁶⁾ enthält zwischen Ehe-

¹⁾ so ist das gut ir ledichleich ze geben und ze verkaufen nach irm tod und vor, wem si wil, Schuster art. 85.

²⁾ Stobbe-Lehmann, D. Privatr. IV 124 Anm. 32, läßt auf Grund Schröders a. a. O. in Österreich dem überlebenden Gatten die ganze Errungenschaft zufallen; ähnl. auch Bartsch, Ehel. Güterr. 87.

³⁾ Vgl. die Göttw. Urk. nr. 489 (1349) ähnlichen Inhalts. Doch sind derlei Zeugnisse nicht ganz sicher, weil für die Verfügung möglicherweise Einwilligung von seiten des verstorbenen Gatten vorliegt. Gerade in der von Schröder bezogenen Urkunde hat der Mann das eine der beiden Grundstücke selbst schon zu Seelgerät gewidmet.

⁴⁾ Allerdings nicht für das eigentliche Kaufgut. Denn wie Herr Prof. Rob. Bartsch (Wien), der während des Druckes den Urkundeninhalt einzusehen die dankenswerte Freundlichkeit hatte, mir mitteilt, beruht die Gesamthand, deren Begründungsart dem Regest nicht zu entnehmen war, auf herzoglichem Schenkungsakt beiden Gatten gegenüber.

⁵⁾ ob zwei kanleut erb mit einander kaufen, so soll man si schreiben in das gruntpuch als gesamte hant, und ob unter den zwaien leiben ains sturb, so sol es das in leben ist dasselbig erb innen haben, nutzen und niessen und den halben tail mag es wol versetzen oder verkaufen, und den andern tail mag es innen haben, nutzen und niessen sein lebtag. Ö. Wst. IX 60¹⁷⁻²².

⁶⁾ Nur als Regest mitgeteilt.

gatten die Vereinbarung, daß eine von ihnen als ‚rechtes Kaufgut‘ besessene Wiese dem überlebenden Teile zu Nutzungsrecht zustehen, nach dem Ableben des zweitversterbenden Gatten aber geteilt werden solle. Die Hälfte solle an die Erben des Erstverstorbenen fallen, während hinsichtlich der andern dem Überlebenden freie Verfügung verbleibt.

Nicht minder klar tritt die der Gesamthand zugrunde liegende Hältungsstruktur in einigen Rechtsfällen zutage, welche den Anspruch des Erben des einen Gatten gegen den überlebenden andern Gatten zeigen. Zunächst sollen hier mit Rücksicht auf das Wiener Stadtr.-Buch einige Fälle Erwähnung finden, die die Rechtsstellung der überlebenden Frau beleuchten. Besonders deutlich ist das Recht der beiden Seiten in RW. nr. 731 (1368) beurkundet; der Wiener Rat bezeugt, daß vor ihm ‚junchvrowe Wendelmut‘ wegen zweier Weingärten geklagt habe, die ihre rechte Muhme Christein, ihrer Mutter Schwester, mit ihrem Manne ‚Chunrat dem paternuster‘ zu gesamter Hand gekauft hatte. Demgegenüber erheben auch die Kinder Konrads aus einer andern Ehe Ansprüche. Der Rat entscheidet, daß beide Teile gleich berechtigt sind, da die Weingärten von den Ehegatten mit gesamter Hand gekauft worden waren. Nach der Göttw. Urk. nr. 1417 (1456) verkauft Wolfgang Protschs seinen Erbanteil an dem Gut, das sein verstorbener Vetter, Peter Duerlmann, auf dem Aeygen underm Gottweig mit haus gesessen, mit Annen seiner frau in gesamter Hand gekauft hat, das jetzt letztere auf Lebenszeit innehat und von dem er die Hälfte als natürlicher Erbe ‚mit ruegen und recht‘ in der Schranne seines Herrn, des Abtes von Göttweig, zu Fuerth¹⁾ behauptet habe.²⁾

Daß auch die Rechtsstellung des überlebenden Ehemanns eine ganz analoge war und dem Witwer hinsichtlich des Kaufgutes ein Anspruch bloß auf die Hälfte zukam³⁾, er aber im übrigen mit den Erben der Frau abteilen mußte⁴⁾, zeigt sehr anschaulich ein auch wegen seiner Berührung mit der ehегüterrechtlichen Widerlegung interessantes Zeugnis, ein Vermerk in GW. nr. 1325:

¹⁾ Ü. dies. Gericht Ö. Wst. IX 368ff.

²⁾ Erwähnung mögen hier auch noch zwei Wiener Urk. RW. nr. 1046 (1383) und GW. nr. 2874 (1418) finden, die zeigen, wie das Recht der überlebenden Frau ein unbeschränktes nicht gewesen sein kann, da sie erst die Anrechte der Verwandten des verstorbenen Mannes ablösen mußte. Das Recht der Schwägerschaft gegenüber der Witwe ist quotenmäßig nicht angegeben. Es kann aber kein anderes gewesen sein als das auf die Hälfte, da jede andere Teilungsart dem österreichischen Rechte durchaus fremd ist. — Schließlich ist zu bemerken, daß auch das Wiener Stadtr.-Buch (s. o. S. 462) der Witwe kein eigentliches Eigentum zuerkennt, sondern bloß eine über die gewöhnliche Leibzucht freilich weit hinausreichende Verfügungsgewalt. Stirbt die Frau ohne verfügt zu haben, so zeigt sich die Wirkung des Teilrechts: ist awer daz dieselb vrau an geschafft stirbt, daz (guet) gehört halbes iren nachsten vreunt an, und halbs irs wirts nechsten freunt an.

³⁾ Das festzustellen ist vielleicht nicht unwichtig einer früheren Anschauung gegenüber, die, allerdings für die ältere Zeit Alleineigentum des Mannes an der gesamten ehelichen Errungenschaft behauptet hat, Literatur bei Adler a. a. O. 63.

⁴⁾ Vgl. auch den o. S. 462 Anm. 1 angeführten Rechtsfall der beiden Urkunden RW. nr. 4106 u. 4121a.

Albrecht trager hat verchauft von erlawbung des rats sein haus, das er mit seiner ern hausvrowen gechauft hat, . . . umb 16 th ø, der dem egenanten Albrecht zu seinem tail gevallen sind 8 th, und die ubrigen hat er gelegt, da si seiner ern hawsvrown freund ze vinden wizen (1381).

Weiter heißt es in GW. nr. 2825 (1417) hinsichtlich eines von Ehegatten gesamthändig erkauften Hauses: und dasselb halb haus ist der vorg. Kathrein gegen den vorg. Chreschinkchen, ierm swager, mit rechter taylung gevallen (1417).¹⁾ GW. nr. 973 (1377): ein haus, das derselb Wernhart Scheczal mit seiner ern hawsvrown Agnesen selig mit gesampter hant gechauft hat, und die erbschaft und wartung hat er von derselben seiner ern hausvrown Agnesen nasten freunden abgechawft. das, nr. 1693 (1884): Pilgrim der vischer hat gemacht zu morgen gab für 100 th ø seiner hausvrown Kathrein sein haws, das er mit seiner ern hawsvrowen gechawft hat, und hat auch von derselben seiner ern hausvrown nachsten freunden die erbschaft abgechawft.²⁾ Auf ein gleiches aber kommt es hinaus, wenn die Schwägerschaft dem überlebenden Ehemann gegenüber auf ihren Erbanspruch an der von ihm mit seiner Gattin gesamthändig erkauften Liegenschaft verzichtet, damit dieser über dieselbe frei verfügen kann, wie dies in der Urkunde RW. nr. 3558 (1454) der Fall ist.

Man wird kaum fehlgehen, wenn man das in den mittelalterlichen Urkunden durchaus bezeugte Halbteilungsrecht und die mit ihm verbundene Beschränkung der Gesamthandswirkung mit der Berücksichtigung der Anrechte der Blutsverwandten hinsichtlich des Gewinnantes in Verbindung bringt. Eine solche Rücksichtnahme läßt sich nämlich aus einer Reihe anderer Momente beobachten. Sie zeigte sich beim Erwerbe, man kaufte für die Erben³⁾, und ebenso bei der Veräußerung, man zog die Erben auch der Veräußerung von Kaufgütern bei.⁴⁾ Einen deut-

¹⁾ S. auch die Zeugnisse RW. nr. 4518 (1474) u. nr. 4709 (1478), nach denen kraft Gesamthandsrechtes die Frau die Hälfte des gemeinschaftlich besessenen Gutes an ihre Verwandten vererbt.

²⁾ Ähnl. auch GW. nr. 2832 (1417): Hans Furter, purger ze Wienn, hat gevangen nucz und gewer des hauss gelegen . . . , und dasselb haus er und Kathrey sein hausfraw selige mit gesampter hant gekauft habend, und derselben seiner hausfrawn erbschaft und wartung ier nachst freunt dem benannten Furter verchauft habend, furbaz mit demselben haus ganzem allen seinen frumen ze schaffen. — Wenn das von den mittelalterlichen Rechtsquellen bezeugte Leibzuchsrecht des überlebenden Gatten (vgl. Wiener Stadtr.-Buch o. sowie die Urk. von 1372, ferner die o. S. 470 angeführten, besonders die beiden Göttweiger Zeugnisse) in den Quellen der späteren Zeit bes. der Landtafel (s. o. S. 467) verschwunden ist, so hat das bei der bekannten Abneigung des spätern Rechts gegen die Verfangenschaft (vgl. das österr. Herzogsbes. v. 1420, Schröder, Gesch. II 1, 204) weiter nichts Auffälliges an sich.

³⁾ Beweis schon der Begriff der Erbleihe; vgl. auch die o. zit. Urk. v. 1372: gechauft hiet im und seinen erben, oder die Göttw. Urk. nr. 503 (c. 1350): quod . . . emit pro se et uxore et ipsorum heredum.

⁴⁾ Beispiele a. d. Jahr. 1295, 1296, 1319 bei Hasenöhr, Österr. Landr. 142. Dagegen kann aus Fällen, wo die Einwilligung fehlt, nichts geschlossen

lichen Ausdruck findet der Anspruch der Verwandtschaft besonders in Zeugnissen der Wiener Grundbücher, wo das Anrecht ausdrücklich als Erbschaft und Wartung bezeichnet erscheint.¹⁾

Mit Rücksicht auf die vorangeführten Tatsachen darf es nicht wundernehmen, wenn auch hinsichtlich des Kaufguts eine Ausbildung der Gesamthand mit der Wirkung, daß dem überlebenden Gatten das Gut ganz und zu Alleinrecht angefallen wäre, in Österreich im Mittelalter nicht erreicht worden ist. Vertragsmäßige Festsetzungen zur Erzielung einer ähnlichen Wirkung sind durch die Errichtung von Gemächten vorgekommen, ja scheinen nicht selten gewesen zu sein.²⁾ Allein über dieses Surrogat einer echten Gesamtgewere, dessen man sich wohl erst in bestehender Ehe und beim Ausbleiben von Leibserben bediente, ist die mittelalterliche Rechtsbildung nicht hinausgegangen, und auch die in späterer Zeit von der Landtafel und Suttinger erwähnte ‚gewöhnlich auf überleben‘, die den obbezeichneten Anfall bewirkte, kann keine Verbreitung erlangt haben, da auch damals noch subsidiär die alte Halbtteilungsgewere in Geltung stand.³⁾

Das von den mittelalterlichen Urkunden durchaus festgehaltene Teilrecht begegnet uns auch in der Landtafel, wie es denn in noch späterer Zeit für die Heiratsbriefspraxis gleichfalls maßgebend blieb.⁴⁾ Mehr als die Hälfte des erworbenen Vermögens zu freier Verfügung des überlebenden Gatten hat die Rechtsordnung in Österreich niemals konzidiert, so daß nun wohl auch erklärlich wird, wie der schon oben bezogene, ins Wiener Eisenbuch eingeschriebene Aufsatz, der eine freiere Verfügungsgewalt über das Kaufgut einführen sollte, in der Folge ist wieder durchstrichen worden.⁵⁾

Kehren wir nach diesen speziell den österreichischen Verhältnissen gewidmeten Betrachtungen zur Frage nach der Rechtsgleichheit des österreichischen und ungarischen Güterrechtes des 16. Jahrhunderts zurück, so wird sich nun die Antwort wohl kaum der Vermutung Berents günstig gestalten. Die von Berent für ihre Behauptung allein angeführte Stelle des Tripartitum III 29⁶⁾:

uxor in rebus per maritum suum stante coniugio conquisitis semper particeps et condivisionalis efficietur: ita quod viro intestato dece-

werden, da nicht sicher ist, ob Erben vorhanden waren. — Für den Übergang vom älteren Rechte (vgl. Österr. LR. art. 21: wer ain aigen kauft, geit es wem er wil inner iar und tag), kann die Urk. i. Font. rer. Austr. (II) Bd. 1, 248 (1192) in Betracht kommen, in der es heißt: wand ich . . . dazselbe haus gehauft han, davon mocht ich inz wol gegeben an meiner chinde hant, doch so han ich inz mit meiner chinde hant gegeben. — Für das angelsächs. Recht d. 9. Jahrhunderts erweist v. Amira, Erbenf. 107, das Beibruchsrecht am Kaufgut.

¹⁾ S. o. S. 471 GW. nr. 973 (1377): *erbschaft* und *wartung*, nr. 2832 (1472) o. S. 471 Anm. 2; nr. 1693 (1384): *erbschaft* S. 471.

²⁾ Beispiele finden sich unter den i. Register d. Wien. Gewerb. (Schlagw.: *kaufen*) stehenden Zitaten in Fülle.

³⁾ Als sog. ‚gewöhnlich zugleich‘ s. dazu Bartsch, Ehel. Güterr. 92.

⁴⁾ Kafka, Gütergem. 73.

⁵⁾ S. o. S. 462 Anm. 5 a. E.

⁶⁾ Berent 24 Anm. 3.

dente ad ea[n]dem universa bona sua per ipsum, ut praefertur, conquisita devolventur,

dürfte sich zwar unschwer, schon aus inneren Gründen, als deutschrechtliche Bildung erweisen. Die Stelle zeigt, wie ohne weiteres erhellt, deutlich das Gepräge der deutschrechtlichen Gesamthand, wie sie in solcher oder ähnlicher Weise ja des öfteren auch in deutschen Quellen bezeugt sein mag.¹⁾ Doch über einen solchen vagen Grad von Wahrscheinlichkeit führen die Darlegungen Berents nicht hinaus. Jedenfalls sind diese völlig ungeeignet, die soeben für das niederösterreichische Recht festgestellten charakteristischen Eigenschaften und vornehmlich das in Österreich in so konstanter Weise festgehaltene Teilrecht nach Hälften für das Tripartitum zu erweisen. Im Gegenteil, ein Blick auf die angeführten Stellen zeigt, wie dieses Güterrecht gerade jenes war, das in Österreich trotz aller Bestrebungen (s. v. h.) sich nicht durchzusetzen vermochte. Wie besonders die i. d. Anm. mitgeteilte Stelle lehrt, handelte es sich um einen Anfall des Gesamtvermögens an den überlebenden Gatten, und wenn dieser Anfall auch nach dem Wortlaute der Stelle bloß für den Fall, daß Erben nicht vorhanden sind, zu verstehen ist²⁾, so ist doch andererseits nach der ganzen Fassung der Stelle weit eher an Verfangenschaft zu denken als an Teilrecht, das — wenn es in Ungarn in Geltung gewesen wäre — doch nicht mit Stillschweigen hätte übergangen werden können. So ist wohl kaum zweifelhaft, daß die österreichische und ungarische Rechtsentwicklung verschiedene Wege gegangen sind. Höchstens könnte hypothetisch zuzugeben sein, daß schon in viel früherer Zeit ein Eindringen von Österreich nach Ungarn, unter später völlig verschiedener Ausbildung, stattgefunden habe. Dafür jedoch fehlen alle Belege, und es kann daher das im Tripartitum enthaltene Recht mit gleicher Wahrscheinlichkeit als aus der angrenzenden Steiermark³⁾ oder einem anderen Rechtsgebiete deutschen Charakters übernommen angesehen werden, wie aus Österreich oder speziell Wiener-Neustadt, auf dessen besonders enge Nachbarschaft Berent hinzuweisen für geboten hielt.⁴⁾

¹⁾ Für diese Vermutung dürfte noch eine andere Stelle, Tripart. I 48 belangreich sein, welche übrigens das Kaufgut nicht bloß als Gewohnheitsrecht der grundhörigen Leute (Berent 24) erweist, sondern auch beim Adel in Anwendung zeigt: nonnulli dominorum et nobilium solent nomina uxorum suarum in literis seu privilegiis donationalibus super bonis et iuribus possessionariis iusto titulo servitiis eorum acquisitis conficiendis ponere pariter et inserere, — et idem est tenendum de bonis quoque emptitiis, si nomen uxoris in literis emptionalibus . . . insertum fuerit. ideo quaeritur, utrum decedente marito sine heredibus portio sua in huius modi iuribus possessionariis et bonis habita in uxorem suam devolvatur? Die Frage wird bejaht unter der Begründung: propter unionem et copulam carnis portio possessionaria mariti in uxorem suam et contra uxoris in maritum casu in praenarrato rite devolvenda erit.

²⁾ Die für das bäuerliche Recht maßgebende Stelle spricht aber ganz allgemein ohne Unterschied zwischen beerbter und unbeerbter Ehe.

³⁾ Wo solche Verträge im Gebrauch waren, Wimborsky, E. Obersteir. Bauerngem. (Graz 1907) 12.

⁴⁾ Um schließlich auch noch auf Raymund mit einem Worte zurück-

Zielten die vorstehenden Ausführungen dahin, die beiden in Frage stehenden Güterrechte und ihr gegenseitiges Verhältnis in einer von Berents Anschauung mehrfach abweichenden Weise erkennen zu lassen, so ergeben sich gegen den eigentlichen Inhalt ihrer Schrift kaum irgendwelche ernstliche Bedenken. Im Gegenteil, auch vom Standpunkte des österreichischen Rechtes dürften sich eine Reihe von Momenten namhaft machen lassen, die mit Berents Grundanschauung, die Umbildung der Errungenschaftsgemeinschaft in eine solche des rechnungsmäßigen Zugewinnes als eine organische, durch die geänderten Zeitverhältnisse bedingte Abfolge anzusehen, sich wohl vertragen. So hat die österreichische Literatur bereits die Erscheinung festgestellt, daß in späterer Zeit die eheliche Gütergemeinschaft und besonders auch die Errungenschaftsgemeinschaft eine Wirkung bloß mehr für den Todesfall eines der Gatten ausübte.¹⁾ Diese Erscheinung, die in den Quellen des 18. Jahrhunderts zum erstenmal sicher zum Ausdruck kommt, wurde von Kafka — und wohl auch mit einigem Recht — auf das zu Beginn dieses Jahrhunderts bezeugte Aufkommen des grundbücherlichen Eintragungsprinzips²⁾ zurückgeführt. Das nicht eingetragene Gemeinschaftsverhältnis entbehrte der dinglichen (Gesamthands-)Wirkung und äußerte sich erst beim Tode eines Gatten in Teilungsansprüchen.

Man wird dieser Argumentation im allgemeinen zustimmen, wenn auch andererseits nicht recht einzusehen ist, weshalb die Ehegatten, falls sie den sofortigen Eintritt der Gemeinschaftsfolgen wünschten, sich nicht hätten eintragen lassen sollen, wobei auch der Umstand nicht übersehen werden darf, daß wenigstens im Hofrecht ein sehr energisch auf Bewirkung der Geweranschreibung abzielender Zwang festzustellen ist.³⁾ So dürfte vielleicht das angeführte Verhältnis zwischen eingetragenen und nicht eingetragenen Recht mehr der Erfassung des theoretischen Begriffs als der praktischen Ausbreitung der Todfallgemeinschaft förderlich gewesen sein. Aber wie es auch damit stehen mag, jedenfalls ist durch die Literatur des 18. Jahrhunderts festgestellt⁴⁾, daß damals in Österreich der Gütergemeinschaft nur mehr eine Wirkung von Todes wegen zukam.

Mit dieser Erscheinung steht Berents Behauptung in so fern in nächstem Zusammenhang und erfährt sie aus ihr eine Bestätigung, als auch die Errungenschaftsgemeinschaft nach Wegfall der Gesamthandswirkung

zukommen, sei darauf hingewiesen, daß gerade die Gestaltung, die Raymund als eigenste Anschauung hinstellt, Bartsch, SB. Wien 168 VII 49, offensichtlich dem Landbrauch seiner Zeit vollkommen entsprach. Die von Berent 23 ganz zutreffend beobachtete Herübernahme der Halbteilung aus dem geltenden Recht dürfte aber der Annahme Raymunds als Quelle für das Güterrecht des Tripartitum wenig zuträglich sein.

1) Ü. diese Entwicklung Kafka a. a. O. 57 ff., bes. 73 f.

2) Randa, Eigentum 447. Allerdings datiert Randa die Entwicklung schon etwas früher, so wohl auch Kafka a. a. O.

3) Die österr. Weistümer sind voll von Strafandrohungen für die Unterlassung der Geweranschreibung, s. o. S. 466 Anm. 5 a. E.

4) Vossius, s. Kafka 73.

nichts anderes war als ein auf den Todesfall wirkendes Gemeinschaftsverhältnis.

Es ist jedoch hier ein Umstand bemerkenswert, der Berents Anschauungen schon hinsichtlich der Gleichheit des österreichischen mit dem ungarischen Rechte — wenn auch zu Unrecht — beeinflusst hat, und der hier deshalb in Betracht gezogen werden muß, da er für die Ausbildung der Zugewinnstgemeinschaft hinsichtlich des Zeitpunktes, wann diese in Österreich vor sich ging, von Bedeutung ist. Berent behauptet nämlich diese Umbildung schon für das 16. Jahrhundert und sieht schon in dem Rechte der Landtafel eine Zugewinnstgemeinschaft.¹⁾

Berent ist zu dieser Auffassung hauptsächlich durch einige Bemerkungen von Schriftstellern des geltenden österreichischen Rechtes²⁾ gelangt, die der Gesamthand (im S. von Verfügungsbeschränkung) der Ehegatten bloß vertragsmäßige Geltung zuschreiben. Da nun Berent in der Landtafel über Wirkungen des Güterrechtes in bestehender Ehe nichts gesagt findet, so schließt sin hieraus in Verbindung mit der vorangeführten Tatsache, daß schon die in der Landtafel enthaltene Güterordnung eine bloß auf den Todesfall wirksame Zugewinnstgemeinschaft sei.

Diese Argumentation ist aber keineswegs zutreffend. Abgesehen davon, daß es unrichtig sein dürfte, anzunehmen, daß es im Mittelalter in Österreich bloß vertragsmäßig begründete Gesamthand gab³⁾, und da andererseits aus dem Stillschweigen der Landtafel über die Verhältnisse in während der Ehe nichts zu entnehmen ist, weil die mittelalterlichen Quellen sich über diesen Punkt regelmäßig nicht auszusprechen pflegen, so liegt der positive Beweis für die Unrichtigkeit dieser Meinung in der Textierung der Landtafel selbst: daz gehört ihnen beden zugleich zu⁴⁾, wie nicht minder in dem durchaus verlässlichen Zeugnis Suttingers, der noch für das 17. Jahrhundert als Wirkung der Heiratsabreden die Gesamthand ausdrücklich nennt.⁵⁾ Berent hat somit den Zeitpunkt für die von ihr behauptete Umwandlung um ungefähr anderthalb Jahrhunderte zu früh angesetzt. Für die spätere Zeit hat es allerdings dann mit Berents Behauptung seine Richtigkeit.

Eine andere für die Ausbildung der Zugewinnstgemeinschaft besonders wichtige Erscheinung, für welche jedoch die österreichischen Quellen unergiebig bleiben, ist die vom ausgehenden Mittelalter an zu beobachtende gesteigerte Bedeutung der Personalschulden.

¹⁾ A. a. O. 37f. Nur so ergibt sich Berent Übereinstimmung mit dem ungarischen Recht, das sie gleichfalls, da sie die Anmerkungen des Herausgebers auf das 16. Jahrhundert bezieht, als Zugewinnstgemeinschaft auf faßt (a. a. O. 34, 38), eine Annahme, die einer Widerlegung nicht erst bedarf.

²⁾ Krasnopolski, Kafka, s. Berent 36.

³⁾ Die Ausführungen meiner Unters. 31ff., die Schröders Behauptung von der gewohnheitsrechtlichen Geltung der Gesamthand zu erweisen bestrebt sind, hat Berent unberücksichtigt gelassen.

⁴⁾ S. o. S. 467. D. Salz. L.-Ord.-Entw. (Siegel a. a. O. 103) behebt jeden Zweifel: so nimbt das uberbeliben — si haben khinder miteinander oder nit, den halben tail solichs versammts und gewonnen guetes.

⁵⁾ Schlagwort „eroberte güter“: was beede ehelut in während der ehe erobern, das soll ein gesamt es gemeines gut zu beeden theilen sein.

Berent zeigt zunächst in einem eigenen Abschnitt¹⁾, wie in einzelnen großen süddeutschen Handelsstädten schon am Ende des Mittelalters die Handels- und Geschäftsschulden für den Rechtsverkehr hervorzutreten beginnen und sich insbesondere dadurch bemerkbar machen, daß für gewisse Stände handelsrechtlichen Charakters Schuldengemeinschaft normiert wird. Dabei kann Berent aber weiter auch die sehr beachtenswerte Tatsache erweisen, daß diese Gemeinschaftlichkeit der Haftung dazu geführt hat, die am Geschäftsverluste beteiligte Gattin nicht minder auch am Gewinn Anteil nehmen zu lassen, wie dies besonders die Nürnberger Rechtsentwicklung²⁾ zu deutlichstem Ausdruck gebracht hat, so daß also hier in einem Falle zweifellos nachgewiesen wird, wie das Geschäftsrisiko den Grund zur Ausbildung der Zugewinnstgemeinschaft abgegeben hat, die Zugewinnstgemeinschaft eine originale Gemeinschaftsform des handelsrechtlichen Verkehrs gewesen ist.

In späterer Zeit treten dann die Personalschulden allgemein und ohne daß es sich da noch um Handelsschulden handelt, mit dem alten Institute der Errungenschaftsgemeinschaft in Beziehung. Aus einem Landauer Statut vom Jahre 1526 können wir schon ersehen, wie die Nachlaßbehandlung gelegentlich der Verteilung des Gewinnngutes schon in dieser Zeit allgemein auf die Schulden Rücksicht zu nehmen hatte.³⁾ Und noch deutlicher tritt dieser Vorgang in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Rechte des fränkischen Adels auf, das uns aus einer um diese Zeit entstandenen Abhandlung⁴⁾ erschlossen wird, die den für die Frage bedeutungsvollen Gesichtspunkt schon klar erfaßt zum Ausdruck bringt, Der Ausgleich zwischen den Erben des verstorbenen Gatten, die nach dem alten Rechte beim Vorhandensein von Schulden geschädigt waren, da sie diese allein bezahlen, der Witwe aber gleichwohl den ihr gebührenden Errungenschaftsanteil ausrichten mußten, wird dadurch herbeigeführt, daß nicht mehr die errungenen Güter, sondern nur deren Mehrwert nach Abzug der Schulden verteilt werden. Denn: *bona intelleguntur cuiusque, quae deducto aere alieno supersunt*. „Die Begründung“, sagt Berent, „entnimmt (v. Braun) dem römischen Recht. Aber der innere Grund lag doch wohl darin, daß die früheren güterrechtlichen Verhältnisse nicht mehr gerechtfertigt schienen. Das römische Recht gab die Möglichkeit, diese Auffassung juristisch zu formulieren und erleichterte dadurch die Umbildung selbst.“⁵⁾

So weit Berent, und man wird ihre Ausführungen gewiß mit Interesse entgegennehmen. Aber ein abschließendes und befriedigendes Er-

¹⁾ § 13 d. Abh.

²⁾ Nürnberg. Reform. (1479): und dieweil die eefrau in bestimpter gemeiner hantierung mit dem man gegen den glaubigern gleich verpflichtet ist, soll ir darinnen auch gleicher gewin zusteen, (1564): in gleicher gefar, Berent 45.

³⁾ Berent 13. diese errungenschaft aber auszurechnen muß forderist eines jeden capital, zugebracht und ererbtes, wie auch alle aufgewendeten unkosten und gemachte schulden abgezogen werden. waß dann übrig, wird vor errungen gut geacht und . . verteilt. Nahmer, Handb. d. Rhein. Part. R. II 881 § 23.

⁴⁾ Verfasser v. Braun, näher. Titel bei Berent 83. ⁵⁾ Berent 85.

gebnis ist durch sie kaum erzielt worden. Was erfahren wir denn aus ihnen über das Aufkommen und die Art dieser neu zur Berücksichtigung kommenden Vermögenskategorie? Die Verfasserin hat da ihren Fuß an ein weites und größtenteils brachliegendes Feld deutscher Rechtsgeschichte gesetzt, aber sie ist daran vorbeigegangen, vielleicht ohne das Bewußtsein, daß der sie beschäftigende Gegenstand nur die Teilerscheinung des großen, im Hochmittelalter einsetzenden Prozesses der Umbildung und juristischen Umwertung der überkommenen Vermögensbegriffe ist, mit welchen eine mit neuen Vermögenswerten rechnende Wirtschaftsordnung sich abfinden mußte. Zweierlei sind die Wege gewesen, auf denen sie dieses Ziel zu erreichen strebte, durch Änderung der früheren Sachqualität, wie beispielsweise durch Verliegenschaftung, oder aber — wie es eben bei der Zugewinnstgemeinschaft der Fall war — durch Änderung des Rechtes selbst. An diesen Erscheinungen ist die Verfasserin vorbeigegangen, ohne uns über sie etwas zu sagen, nicht einmal wird aus ihrem Buche klar, ob sie hinsichtlich der Personalschulden der Neuheit der hier treibenden Kräfte sich völlig bewußt geworden ist.

Berent hat aus zerstreuten, vielfach zeitlich wie räumlich weit auseinanderfallenden Beobachtungen Mitteilungen gemacht, die sicherlich rechtsgeschichtlich ihren Wert haben. Doch nirgends in ihrer Untersuchung ist der Versuch bemerkbar, die einzelnen Erscheinungen auch in ein entwicklungsmäßiges Gesamtbild zusammenzuschließen, wiewohl die Veranlassung hiezu doch augenscheinlich recht nahelag. Die Handelsschulden als das eigentlich entwicklungsbildende Moment der ganzen Erscheinung angesehen — da ja der älteste bekannte Fall einer Zugewinnstgemeinschaft, die Nürnberger Reformation¹⁾ sich offenkundig auf handelsrechtliche Verhältnisse bezieht²⁾ — dürfte wohl die Zugewinnstgemeinschaft zuerst als ein Recht handel- und gewerbetreibender Eheleute aufgekommen sein. Während auf dem Lande die Arbeitsersparnisse in Grund und Boden angelegt wurden, konnte die städtische Wirtschaft nicht in gleicher Weise des mobilen Kapitals entbehren und begnügte sich dem ländlichen Gesamthandskaufgute gegenüber mit der weniger greifbaren Form eines bloß schuldrechtlichen Gemeinschaftsverhältnisses. Erst in späterer Zeit ist dann unter dem Einfluß der sich verbreitenden Geldwirtschaft die Zugewinnstgemeinschaft auch auf die Verhältnisse anderer als kaufmännischer Ehegatten ausgedehnt und angewandt worden und so auch mit der alten Errungenschaftsgemeinschaft in Berührung gekommen, wobei dann die von Berent gekennzeichnete Umbildung notwendigerweise eintreten mußte.

Graz.

Paul Hradil.

¹⁾ S. o. S. 476 Anm. 2. Grund für die Gemeinschaft der Haftung wie des Zugewinnstes war die: *gemeine hantierung*, Berent 44f.

²⁾ Nicht minder aber auch noch das Appenzeller Recht, das den alten Rechtssatz des konstanten Frauengutes (vgl. o. S. 460 Anm. 3) nur zugunsten des Geschäftsbetriebes abändern will: wann aber ein Ehepaar kein sonderbaren gewerb hete, also daß sich ein ehewyb des usgebens und innemens nit vil beluede, soll es alsdann bei dem alten artikel verbleyben, Berent 138.